

Schwerpunkt:
Artikel zur Situation in Venezuela, Kolumbien und Bolivien ab Seite 2

NR. 31 **FEBRUAR/MAERZ 2005**

"Weltregion zwischen imperialistischer Erpressung und sozialer Revolte"...

...war der Titel der internationalistischen Veranstaltungreihe Lateinamerika der Jugend Antifa Aktion. Mit drei Veranstaltungen zu der Situation in Venezuela, Kolumbien und Bolivien sollte ein Einblick in die ökonomische und politische Realität der südamerikanischen Länder gegeben werden. Das Interesse an dem Thema war überraschend groß, der "Guten Morgen Buchladen" (Bültenweg 87) war an allen Abenden bis auf den letzten Platz besetzt. Inhaltlicher Schwerpunkt der Veranstaltungen lag auf den Bewegungen von unten, die sich gegen die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen durch transnationale Konzerne, die immer schärfer werdenden Arbeitsverhältnisse und die teils heftige Repression der Staaten richten. Wie sich die landlosen Bauern und Bäuerinnnen, die indigene Bevölkerung, die ArbeiterInnen, StudentInnen, Stadtteilgruppen und MedienaktivistInnen organisieren und wie ihr Kampf für eine andere Welt aussieht, stand dabei im Mittelpunkt.

Venezuela: Reform oder Revolution?

Die erste Veranstaltung war die zu Venezuela. Der Berliner Journalist Peter Nowak und der Fotograf Jens Klinker, die beide vor Ort waren und mit verschiedenen politischen AktivistInnen und Gruppen geprochen haben, berichteten von ihrer Reise in das Land im Norden Südamerikas.

Venezuela ist der fünftgrößte Erdöllieferant der Welt und dementsprechend groß ist auch das Interesse der mächtigen kapitalistischen Staaten, vor allem der USA und Länder der EU, die versuchen auf die Entwicklung des Landes Einfluss zu nehmen. Denn seit 1998 regiert der fortschrittliche Präsident Hugo Chávez, der die Rolle Venezuelas als Hinterhof der kapitalistischen Zentren nicht unwidersprochen hinnimmt und im Gegenzug an der Verstaatlichung z.B. des Erdölunternehmens PDVSA festhält und Teile der Einnahmen für Sozial- und Gesundheitsprogramme für die verarmte Bevölkerung aufbringt.



Impressum: Fight Back!, Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig
Erscheint regelmäßig in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Verteilung erfolgt kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Kneipen. Der Inhalt der einzelnen Artikel gibt nicht unbedingt die Meinung des gesamten Redaktionskollektivs wieder. Über den Abdruck von zugeschickten Artikeln, Terminen etc. entscheidet das Redaktionskollektiv.
Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten/die Adressatin Eigentum des Redaktionskollektivs. "Zur Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes an das Redaktionskollektiv der Fight Back! zurückzusenden.
V.i.S.d.P.: August Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig

Die "bolivarische Revolution" (benannt nach Simón Bolívar, gelebt 1783 bis 1830, der für ein vereinigtes Lateinamerika und gegen die Kolonialherrschaft Europas kämpfte), wie der Veränderungsprozess, der seit dem Amtsantritt von Hugo Chávez stattfindet, genannt wird, begann eigentlich schon früher. 1992 kam es in Venezuela zum Versuch eines linken Militärputschs gegen die sozialdemokratische Regierung Andrés Péres. Der damalige Offizier Hugo Chávez bekannte sich öffentlich zu dem gescheiterten Putsch und verschaffte sich damit viele Sympathien in der Bevölkerung. Er wurde zu einer Art Volksheld, vor allem für die Ärmsten im Lande. Nachdem Chavéz nach einer aufgrund seiner Popularität nur kurzen Gefängnisstrafe wieder frei kam, gründete er die Partei der Bewegung der Fünften Republik (MVR). Überraschend schaffte er es auf dem parlamentarischen Wege 1998 zum Präsidenten gewählt zu werden. Seitdem befindet sich Venezuela in einem Transformationsprozess, der mit einer Diskussion um eine neue Verfassung, die gemeinsam mit verschiedenen Basisorganisationen geführt wurde, anfing.

2002 kam es im Interesse der um ihre Macht fürchtenden besitzenden Klasse, gefördert durch die USA und EU zu einem Militärputsch der rechten Opposition. Hugo Chávez wurde gefangen genommen und von der Opposition für abgesetzt erklärt. Hunderttausende gingen auf die Straße, belagerten den Präsidentenpalast und forderten ihn als Präsidenten zurück. Die Bewegung auf der Straße ließ den Putsch nach nur zwei Tagen scheitern, und Chávez kehrte in sein Amt zurück. Ein Jahr später versuchte die Opposition die Regierung abzuwählen, denn nach der neuen progressiven Verfassung können Regierung und alle Amtsträger bereits nach der Hälfte der Legislaturperiode abgewählt werden. Das Ergebnis des Referendums bestätigte Chávez trotz versuchten Wahlbetrugs und Medienmanipulation der Opposition erneut in seinem Amt.

In vielen Bereichen haben seitdem Reformen stattgefunden: medizinische Versorgung in den barrios (Stadtteile der armen Bevölkerung), verbesserte Chance auf schulische Bildung und



qualifizierte Berufe unabhängig von der sozialen Stellung, mehr Rechte für die indigene Bevölkerung, die Möglichkeit der Besetzung und Nutzung von brachliegendem Land usw. Viel von dem,



was sich die meisten unter Revolution vorstellen, ist aber auch nicht passiert. So hat es beispielsweise keine Enteignung der Besitzenden und Vergesellschaftung der Produktionsmittel gegeben, was aber auch nicht weiter verwunderlich ist. Nicht nur weil keine Klarheit darüber herrscht, ob bzw. wie so etwas angesichts des Diktats des kapitalistischen Weltmarktes möglich sein kann, sondern auch weil es eine Tatsache ist, dass die Regierung Chávez bisher über verbale Brüche mit dem Kapitalismus nicht hinausgeht, oder wie Chávez selbst es als aktuelles Ziel nannte: “Kapitalismus mit einem menschlichen Antlitz”.

Was das wirklich revolutionäre des “bolivarischen Prozesses” ausmacht, ist die Selbstorganiserung der Bevölkerung, die durch die Regierung unterstützt wird. In sozialen Organisationen in den Stadtteilen, Radiostationen und unabhängigen Zeitungen werden Diskussionen geführt, die weit über die Regierungspolitik hinausweisen und diese auch kritisieren. Die Menschen in Venezuela haben die Möglichkeit, sich weitgehend ohne Repression des Staates politisch zu entwickeln und die “bolivarische Revolution” unabhängig und wo nötig auch gegen die Regierung voranzubringen. So sprechen die Basisorganisationen heute schon von der “Revolution in der Revolution”, ein Begriff, den Hugo Chávez in die Diskussion mit einbrachte und dementsprechend diese Entwicklung akzeptiert.

Kolumbien: Mit Repression gegen soziale Bewegungen

Rund einen Monat später referierte der Journalist und Autor Raul Zelik zu Kolumbien. Raul Zelik verfolgt die Entwicklungen in Kolumbien seit Mitte der 80er Jahre, ist immer wieder auf Recherche-Reisen dort gewesen. Er hat unter anderem für zwei Jahre in einem kolumbianischen Flüchtlingslager gearbeitet.

Er begann seine Veranstaltung mit dem Hinweis darauf, dass Kolumbien an sich ein sehr reiches Land ist was Bodenschätze, Wasser, Anbauflächen usw. betrifft und trotzdem, oder besser gesagt gerade deswegen zu den zehn Ländern der Erde zählt, in denen die meisten Menschen hungern. Ob-

wohl Kolumbien keine Kolonie mehr ist, spielt es für den heutigen Weltmarkt noch immer die Rolle des Rohstofflieferanten. Vor allem Kaffee, Smaragde und Schnittblumen werden in großen Mengen exportiert. Dies bedeutet nicht, dass wir eine weit entwickelte Wirtschaft vorfinden, die den Menschen einen relativ hohen Lebensstandard erlaubt, sondern dass die Arbeitskräfte und Rohstoffe zu miesen Bedingungen ausgebeutet werden. Gewinner sind dabei lediglich die transnationalen Konzerne und einheimischen Unternehmer, die die Interessen des Kapitals in Kolumbien umsetzten und die Profite aus den Geschäften einstreichen. Ihr Reichtum bedeutet für die Mehrheit der Menschen Armut. Und dieser Zustand wird seit Jahrzehnten mit heftiger Repression gegen die fortschrittlichen Kräfte aufrecht erhalten. Zur "Befriedung" der sich zuspitzenden gesellschaftlichen Widersprüche wird in Kolumbien auf einen Krieg gegen die Bevölkerung gesetzt.

Die Armee und Polizei des kolumbianischen Staates führt gemeinsam mit den rechten Paramilitärs der AUC einen Krieg gegen jeden Ansatz unabhängiger, sozialer Bewegung. Die politisch Aktiven in den kämpferischen Gewerkschaften, den Organisationen gegen den imperialistischen Krieg und gegen die staatliche Unterdrückung und für Demokratie in Kolumbien, machen ihre Arbeit unter tödlichem Risiko. Jedes Jahr verschwinden zahlreiche Menschen. Sie werden verschleppt, ermordet oder "verschwinden" einfach. Für die Strategie des "Verschwinden lassens" waren Polizei, Militär und Paramilitärs gleichermaßen verantwortlich. In den letzten Jahren werden die Massaker und



Morde allerdings meist von den zumindest offiziell eigenständigen Paramilitärs verübt. Sie tauchen überall dort auf, wo die Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand genommen haben und sich mit anderen zusammen organisieren. Ob zur Vertreibung von Kleinbauern im Interesse von Großgrundbesitzern, zur Zerschlagung von selbstverwalteten Betrieben und Kooperativen, zur Durchsetzung von Großprojekten wie Staudämmen oder Erdölbohrungen oder zur Einschüchterung und Auslöschung von kämpferischen GewerkschafterInnen, überall ebnen die Todesschwadronen der kapitalistischen Globalisierung ihren Weg. Hunderte Menschen wurden von Paramilitärs für einen Ölpipeline-Bau von British Petroleum ermordet, der Kohle-Konzern Drummond ließ GewerkschafterInnen töten, und auch

bei Nestlé nehmen Anschläge gegen ArbeiterInnen vor Tarifverhandlungen zu. Ein anderes und besonders drastisches Beispiel ist das Coca-Cola-Abfüllunternehmen Panamco. In den letzten Jahren kam es zu über 120 Anschlägen auf GewerkschafterInnen bei Coca-Cola. Insgesamt sterben jährlich über 100 GewerkschafterInnnen bei derartigen Angriffen. Der kolumbianische Gewerkschaftsdachverband



CUT registrierte in den letzten zehn Jahren mehr als 4000 Morde an seinen Mitgliedern.

Worauf die Gewalt des Staates und der Terror der Paramiltärs abzielt, liegt auf der Hand. Ihnen geht es darum, jeglichen Widerstand gegen die Zurichtung des Landes nach den Vorstellungen der herrschenden Elite im Keim zu ersticken. Sie wollen weiterhin ihre Profite aus den Geschäften mit den transnationalen Konzernen ziehen, und dafür müssen sie die Menschen, die gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen aufbegehren, mit Waffengewalt in Schach halten. Dass diese Einschüchterungen von jeglichem politischen Engagement Erfolg hat, zeigten z.B. die Mitgliederzahl der bei den Angriffen auf Coca-Cola betroffenen Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal, die bei Coca-Cola von ehemals 2500 auf nur noch 500 sank. Doch obwohl es kaum andere Länder gibt, in denen der Spielraum für legale Oppositionen so klein ist wie in Kolumbien, gibt es in vielen Bereichen sozialen Widerstand.

Neben den sozialen Bewegungen, die sich mehrheitlich erst in den 80ern bildeten, gibt es seit den 60er Jahren die revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) und die Nationale Befreiungsarmee (ELN), die für ein anderes Kolumbien kämpfen. Diese beiden stärksten linken Guerillagruppen besitzen viel Einfluss und halten große Gebiete des Landes unter ihrer Kontrolle. Auch wenn sich die Strukturen und die Lebensverhältnisse in diesen vorrangig ländlichen Gebieten nicht wesentlich von anderen unterscheiden, hat die Bevölkerung dort die Möglichkeit, sich in eigenen Interessenvertretungen zu organisieren und muss den Terror des Staates und Paramilitärs nicht fürchten. Die Guerilla-Bewegungen wollen ein demokratisches Kolumbien mit einer sozialistischen Perspektive. Die FARC und ELN befinden sich vor dem Problem, dass sie zwar über viel Verankerung gerade bei der ländlichen Bevölkerung verfügen, aber in dem stark militarisierten Konflikt in der Öffentlichkeit von vielen nur als militärischer und kaum als politischer Faktor wahrge-

nommen werden.

Im Zusammenhang mit den Guerillas wird immer wieder von dem Anbau und Handel mit Kokain gesprochen. Ihnen wird unterstellt, einen maßgeblichen Beitrag zur weltweiten Verbreitung dieser Droge zu leisten. Hier setzen die USA und EU an, um über den sogenannten "Anti-Drogen-Krieg" im Rahmen des Plan-Colombia einen Fuß in die Region zu bekommen. Die USA unterstützen den kolumbianischen Staat mit Milliarden Militärhilfe und waren bereits an Luftangriffen beteiligt. Die Guerilla, die den Koka-Anbau in ihren Gebieten zwar versteuert und somit auch Einnahmen darüber erhält, hat mit der Förderung des Drogenhandels allerdings nicht viel zu tun. Sie fordern seit Jahren, den Koka-Bauern die Möglichkeit zu geben, etwas anderes anzubauen. Nur ist es für Kleinbauern sehr schwer mit etwas anderem als Koka zu überleben, denn gegen die Großgrundbesitzer kommen sie mit anderen Agrarprodukten auf dem Markt nicht an. Was den Handel mit dem Endprodukt Kokain betrifft, sind es vielmehr Teile der Armee und der politischen Eliten, die mit dem Geschäftdas große Geld machen. Mittlerweile werden Teile der Koka-Felder aus der Luft mit Pestiziden besprüht, was den ohnehin armen Bauern und Bäuerinnen ihre Lebensgrundlage zerstört und sie zur Flucht von dem verseuchten Land zwingt. Betroffen sind hier natürlich in erster Linie die Gebiete der Guerilla. Kolumbien ist zum internationalen Experimentierfeld im Kampf gegen soziale Bewegungen geworden.

Bolivien: Zwischen Aufstand und Institution

Auf der letzten Veranstaltung berichtete das Berliner Gegeninformationsbüro über die Situation in Bolivien.

Bolivien war zu Zeiten des Kolonialismus eines der zentralen Länder Lateinamerikas. Und so groß wie die Ausbeutung des ehemaligen Teil des Inka-Reichs damals war, dementsprechend groß ist die Armut heutzutage. Nirgendwo auf dem südamerikanischen Subkontinent leben mehr Menschen in Armut. Doch auch nirgendwo haben sich soviele Menschen im Kampf um das tägliche Überleben und für eine andere Zukunft in selbstständigen Interessensvertretungen organisiert.

2003 kam es in dem erdgasreichen Andenland über Monate hinweg zu massiven Aktionen gegen den damaligen Präsidenten Gonzalo Sanchez de Lozada, der das Erdgasvorkom-



men an transnationale Konzerne verkaufen und über Chile in die USA exportieren wollte. Als Folge des landesweiten Widerstands, bei dem zahlreiche für die Infrastruktur Boliviens wichtige Straßen und mehrere Erdölfelder besetzt wurden und es zu vielen militanten Auseinandersetzungen kam, musste der Präsident zurücktreten und wanderte ins us-amerikanische Exil aus. Während des Aufstandes fielen über 60 Menschen der Gewalt des Staates zum Opfer.



Getragen wurde der Widerstand von den zahlreichen Netzwerken der Bevölkerung, die sich nach der Beendigung des Aufstandes vielerorts wieder mit der Regelung des täglichen Lebens beschäftigen. Als traditionell sehr (klassen-)kämpferisch und gut organisiert gelten die Mineros (Minenarbeiter), die bis heute nicht davor zurückschrecken, ihre umfangreichen Kenntnisse im Umgang mit Dynamit in den politischen Auseinandersetzungen einzusetzen. Bei der Revolte im Oktober 2003 war die Beteiligung der Mineros von entscheidender Bedeutung. Als sie sich dem Protest anschlossen, gaben sie damit die Initialzündung zum landesweiten Widerstand. Viele ehemalige Mineros mussten als Folge der Privatisierung und Schließung vieler staatlicher Minen in den 80er Jahren trotz heftiger Kämpfe darum den Bergbau aufgeben. Viele nahmen ein Angebot der Regierung an, sich Teile des Landes nutzbar zu machen und arbeiten heute als Koka-Bauern. Andere Mineros zogen an die Ränder der größeren Städte Cochabamba und El Alto, wo sich ganze Siedlungen früherer Minenarbeiter entwickelten. Von ihrer politischen Erfahrung und Organisationsfähigkeit brachten sie viel mit. In den Siedlungen bildeten sich Nachbarschaftskommitees, die zu wichtigen Trägern der Revolte um das Erdgas wurden. Die Koka-Bauern haben sich in der Bewegung zum Sozialismus (MAS) zusammengeschlossen. Die MAS stellt mittlerweile zwei Drittel aller Bürgermeister und ihr Vorsitzender Evo Morales hätte beinahe die Präsidentschaftswahlen gewonnen.

Carlos Mesa war der Gewinner der Wahl. Er hält an dem Ausverkauf der Rohstoffquellen und dem weiteren Abbau von “Arbeitsrechten” fest, und trotzdem wird er von vielen für einen guten Präsidenten gehalten. Im Unterschied zu seinen Vorgängern versteht er es, die sozialen Bewegungen mit einzubeziehen und ihnen das Gefühl der Mitgestaltung zu geben. In wie fern die Basisgruppen dies weiterhin mit

sich machen lassen und sich gegebenenfalls komplett institutionalisieren lassen, wird die Zukunft zeigen.

Lateinamerika bewegt sich

Auch wenn sich die konkreten Gegebenheiten in den beschriebenen lateinamerikanischen Ländern unterscheiden mögen, gibt es ebenso viele Gemeinsamkeiten, vor allem was ihre Geschichte seit der Kolonialherrschaft und die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb des modernen Kapitalismus angeht. Auch gemein haben alle Länder, dass viele Menschen bereits erkannt haben, dass es notwendig ist sich zu organisieren und einen politischen Kampf aufzunehmen, zunächst um die eigene Existenz zu sichern und darüber hinaus um Alternativen zur kapitalistischen Ausbeutung zu entwickeln. Dies unterscheidet Lateinamerika von vielen anderen Regionen der Erde, wo viele der momentanen Kämpfe für rückständige und sich über Religion definierende Gesellschaften geführt werden.

Der Weg, den weite Teile Südamerikas einschlagen, wird in der aktuellen Situation z.B. durch die “Linkswahlen” deutlich. Hierzu muss allerdings erwähnt werden, dass sich die Programme der Parteien nicht von denen einer klassischen sozialdemokratischen Partei (also basierend auf der Sozialpartnerschaft zwischen Regierung und Kapital) unterscheiden und ihre Forderungen nicht über allgemeine Phrasen von “sozialer Gerechtigkeit” hinausgehen. Die ökonomischen Strukturen, die letztendlich das Problem sind, in dem die verarmten Massen stecken, bleiben weitgehend unwidersprochen. Die Regierung Chávez in Venezuela mag in ihren Äußerungen zwar teilweise weitergehen, die umgesetzte Politik ist aber zunächst nur eine soziale Korrektur an einem an sich falschen System.

Die Schwierigkeit, in der letztlich alle Länder Lateinamerikas stecken, bestehen in der Abhängigkeit von den kapitalistischen Zentren, den sogenannten Industriestaaten. Südamerika wurde seit seiner Entdeckung durch die Europäer über Jahrhunderte hinweg in seiner Rolle als Rohstofflieferant festgeschrieben. Waren es zunächst Silber, Gold, Diamanten und Zucker, die Europa den Wohlstand einbrachten in dem es sich befindet, sind es heute in erster Linie Nahrungsmittel wie Bananen und Kaffee sowie Erdöl und Erdgas, die exportiert werden.

Durch den Kolonialismus und die damit verbundene Ausplünderung der Rohstoffe bildeten sich erstmals in der Weltgeschichte größere Schätze und der Handel erreichte ein bis dahin ungekanntes Ausmaß. Dies war die Grundlage für den aufkommenden Kapitalismus. Während in Europa und später den heutigen USA sich aus diesen Anhäufungen von Reichtümern Kapital entwickelte, blieben Lateinamerika und andere ausgebeutete Länder nur die Orte, von denen die Reichtümer kamen. Größere Kapitalanhäufungen fanden dort nicht statt, es wurde nur soviel investiert wie an Technik für den Abbau der Rohstoffe nötig war. Die Profite aus den Geschäften damit flossen zurück in die

Metropolen. Bis heute verhält es sich mit dem Anbau von Nahrungsmitteln und der industriellen Produktion genauso. Die transnationalen Unternehmen investieren in Maschinen an denen zu den üblichen geringen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen gearbeitet wird. Die Erzeugnisse der Produktion wandern zurück auf den Markt in die Industriestaaten.

Die sogenannte Schuldenkrise, in der sich ganz Lateinamerika befindet, lässt sich aus diesem Sachverhalt heraus erklären. Die ständige Abhängigkeit und nur begrenzt mögliche eigenständige Entwicklung führte zu dem Würgegriff des Internationalen Währungsfonds (IWF), der die Länder Südamerikas weiterhin mit "Sparprogrammen" in seinen bisherigen Fesseln gefangen hält. Mit der Reduzierung der Staatsausgaben, Privatisierung öffentlicher Unternehmen, dem Abbau von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen und der weitreichenden "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes soll Lateinamerika auch in Zukunft ein el dorado der kapitalistischen Profitemacherei bleiben.

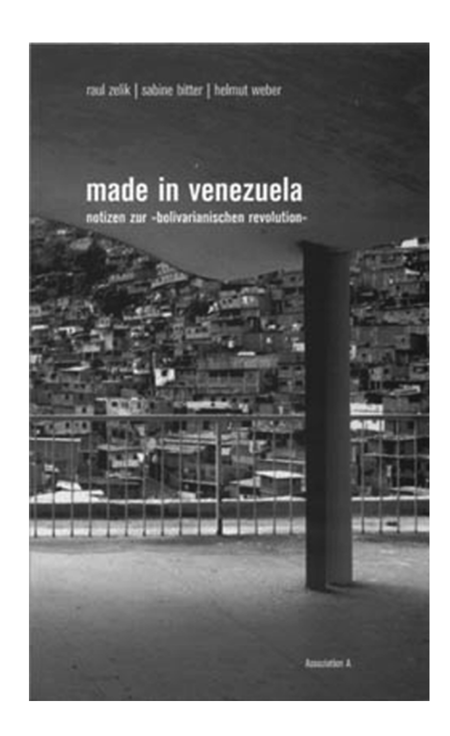
Dass die Zurichtung der Region nach transnationalen Kapitalinteressen auf Kosten der absoluten Bevölkerungsmehrheit geschieht, ist eine altbekannte Tatsache, die dazu geführt hat, dass die Massen den Glauben in die alten Oligarchien (herrschende Minderheit) verloren haben. Die heutigen "linken" Regierungen müssen allerdings vor dem oben geschilderten Hintergrund verstanden werden. Ihnen geht es nicht darum, sich und den Rest der Welt von den Zwängen des Kapitalismus zu befreien, sondern vielmehr um eine nachholende bürgerliche Entwicklung. Sie wollen ein größeres nationales Kapital in Lateinamerika schaffen, um dadurch die Abhängigkeit zu reduzieren und wirtschaftliche Eigenständigkeit zu erlangen. Trotz dieser Kritik muss anerkannt werden, dass die Sozialprogramme der linken und sozialistischen Parteien einen gesellschaftlichen Fortschritt voranbringen und die reale Lebensgrundlage vieler Menschen verbessern.

Entscheidend ist, dass diese Regierungen den Basisbewegungen die Möglichkeit geben, ihre politische Arbeit fortzuführen, statt sie, wie beispielsweise in Kolumbien, durch brutalste Repression zu zerschlagen. Und die Basisbewegungen wollen häufig viel mehr, denn ihnen geht es darum, die Bedürfnisse der Massen zu befriedigen und dahin gehend auch die Produktion zu gestalten. Eine Vorstellung der Zukunft, mit der die Gesetzte des Kapitalismus nicht mehr vereinbar sind. Und während uns in den Metropolen das Ende der Geschichte gepredigt wird, zeigen die Kämpfe in Lateinamerika, dass es, entgegen den Behauptungen, noch immer viele Menschen gibt, die für einen gesellschaftlichen Fortschritt eintreten.

Buchtip:

Made in Venezuela. Notizen zur >>Bolivarianischen Revolution<<

Raul Zelik, Sabine Bittner und Helmut Weber
Verlag Assoziation A ISBN 3-935936-28-1
Preis 13€



Vor kurzer Zeit ist ein Buch erschienen, das für alle, die sich mit der politischen Situation in Venezuela beschäftigen möchten, eine interessante Grundlage bietet. Der auf Lateinamerika spezialisierte Journalist Raul Zelik widmet sich in seinem neuen Buch "Made in Venezuela" den linken Bewegungen vor Ort und ihren Entwicklungen in den letzten Jahren. Das Buch ist Ergebnis einer drei monatigen Reise Zeliks durch Venezuela, in Begleitung der österreichischen KünstlerInnen Sabine Bittner und Helmut Weber. Auf der Reise quer durch das Land, von der Hauptstadt Caracas bis ins tiefe Hinterland, führte Zelik immer wieder Interviews mit verschiedensten Teilen der linken Bewegung, die in diesem Buch zusammengetragen sind. Von Stadtteilgruppen, ehemaligen Gruppen des bewaffneten Kampfes über Anhänger des linken Präsidenten Hugo Chavez bis hin zu bäuerlichen Genossenschaften reichen die Gesprächspartner, die er ausführlich zu Wort kommen lässt und somit eine authentische Schilderung der politischen Verhältnisse erreicht. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen meist Präsident Chavez und die Einschätzungen über ihn, sowie die politische Arbeit der sozialen Bewegungen. Seit Chavez Antritt als Präsident hat es zahlreiche Verbesserungen für den Großteil der Bevölkerung gegeben.

Neben den aktuellen Entwicklungen geht Raul Zelik auch auf die Geschichte Venezuelas seit Kolonialisierung ein und zeigt damit Entwicklungen, die zu der heutigen Situation geführt haben, auf.

5. Todestag von Zdravko Nikolov Dimitrov

Am 21. Dezember 2004 gedachten rund zwei Dutzend AntirassistInnen mit einer kleinen Aktion auf dem Kohlmarkt dem fünf Jahre zuvor in Braunschweig von der Polizei erschossenen Flüchtling und Kommunisten Zdravko Nikolov Dimitrov. Ein Transparent mit der Aufschrift "Abschiebung ist Mord" und den Namen von über 20 in den letzten Jahren in Folge von Abschiebungen getöteten Flüchtlingen wurde in der Fußgängerzone aufgehängt. Rundum wurden Flugblätter verteilt, die den staatlichen Mord an Dimitrov schilderten und die rassistischen Sondergesetze der BRD und die Abschottungspolitik der EU kritisierten. Im vorweihnachtlichen Konsumrausch ließen sich viele PassantInnen nicht von ihrer Einkaufsmission abbringen und ignorierten die Aktion völlig, freundlicherweise tat die Polizei das selbe. Andere PassantInnen zeigten großes Interesse und bekundeten ihre Sympathie mit der Aktion.



Einbeck

Am 20.11.04 demonstrierten etwa 100 Menschen in Einbeck unter dem Motto "Nazis vertreiben! – Flüchtlinge bleiben!".

In Einbeck und Northeim sind 120 libanesische Flüchtlinge von der Abschiebung in die Türkei bedroht. Die Familien leben schon bis zu zwanzig Jahre in der BRD, seit vier Jahren müssen sie damit rechnen jederzeit abgeschoben zu werden. Sie dürfen nicht mehr arbeiten und auch keine Ausbildung beginnen. Ihr Leben ist von der stetigen Angst, in ein fremdes Land abgeschoben zu werden, geprägt denn keiner der Flüchtlinge spricht türkisch. Die Vorfahren der Familien haben in der Türkei gelebt, diese sind jedoch in den 1920er Jahren in den Libanon ausgewandert. Von dort sind die Familien dann in den 1980er Jahren wegen des libanesischen Bürgerkriegs in die BRD geflohen. Die Behörden wollen also Libanesen in die Türkei abschieben. Das zeigt deutlich, dass es nicht wichtig ist, wohin abgeschoben wird sondern dass es das einzige Ziel ist die Flücht-

linge abzuschieben, egal in welches Land.
Bis jetzt wurde noch keine Familie abgeschoben. Die EinwohnerInnen reagierten sehr positiv auf die Demonstration und auch einige Flüchtlinge beteiligten sich. Das Ziel der Demonstration wurde erreicht, die Situation der Flüchtlinge wurde öffentlich gemacht.

Der lange Marsch gegen die Institution...

der Abschiebemaschinerie fand auch in diesem Jahr in Büren seine Fortsetzung. Büren, eine idyllische Kleinstadt im tiefkatholischen Herzen Westfalens in der Nähe von Paderborn, ist der Standort eines der größten Abschiebeknäste Europas (560 Haftplätze). Vor zehn Jahren hatte der Rat der Stadt die Wahl, sich zwischen einem Flüchtlingsheim und dem Abschiebeknast zu entscheiden. Man entschied sich für die Spießeridylle und gegen sich "frei" bewegende Menschen und wählte den Knast.

Mehrere Kilometer von der nächsten Ansiedlung entfernt hockt der Knast mitten im Wald. Meterhohe, futuristisch anmutende Betonmauern waren in den letzten zehn Jahren für mehr als dreißigtausend Menschen das letzte, was sie von der BRD zu sehen bekamen, eingesperrt für ihr "Verbrechen", in der BRD Asyl gesucht zu haben. Bis zu 18 Monate und mehr verbringen die Flüchtlinge in Gefangenschaft. Dutzende Selbstmorde und ungezählte Selbstmordversuche, sowie mehrere Häftlingsrevolten gegen die schlechten Haftbedingungen begleiten die systematisierte Entfernung von Flüchtlingen und unerwünschten MigrantInnen aus der Festung Europa via Abschiebknast Büren.

Bereits in der Bauphase begannen die Proteste gegen den Abschiebeknast. Antirassistische Gruppen, Antifas und andere demonstrieren Jahr für Jahr gegen den Knast und das System der Abschiebung. So auch in diesem Jahr. Rund achthundert Menschen zogen am 3. Oktober zunächst zum Knast, um über Lautsprecher Redebeiträge in vielen Sprachen an die Flüchtlinge zu richten, ihnen die Solidarität auszusprechen, so wenig sie auch bewirkt. Wie in den vergangenen Jahren antworteten Flüchtlinge, trotz ihrer Verlegung in die hinteren Teile des Knastes eigens für den Tag, der Demonstration durch Rufe. Anschließend wurde durch Büren demonstriert, nicht zuletzt, um die Ruhe der Bürger Bürens zu stören, die ihren Teil der Verantwortung für den Knast nicht verdrängen sollen.



Bericht vom Naziaufmarsch in Hannover

In Zeiten von “Hartz IV” und “Agenda 2010” sind auch die Nazis auf die allgemeine “Protestwelle” aufgesprungen und nutzten vielerorts die “Anti-Hartz”-Kundgebungen als Plattform, um neue Sympathisanten zu agitieren. Immer öfter wurden sie auf den sogenannten “Monatgsdemos” oder ähnlichen Aktionen gesichtet - mal versprengte Einzelpersonen, die “das deutsche Reich” als Alternative zu SPD und Co. präsentierten, mal organisierte Nazis von Kameradschaften oder NPD, die sich mit rassistischen Parolen an die Spitze von Demonstrationen setzten. Am 23. Oktober marschierten nun die NPD und Freie Kameradschaften unter dem Motto „Sozialabbau, Rentenklau, Korruption - Nicht mit uns!“ in Hannover auf. Da ein Nazi ein Nazi bleibt, egal wogegen er angeblich demonstriert, galt es auch diesmal: Auf nach Hannover und den Nazis in die Suppe spucken!



Um 10:30 Uhr versammelte man sich unter den wachsamen Augen mehrerer Hundertschaften der Polizei auf dem Klagesmarkt in Hannover. Nach einer Auftaktkundgebung und dem Auftritt einer Braunschweiger HipHop-Combo setzte sich der beeindruckende Demozug von über 3000 Menschen lautstark in Bewegung. Nach wenigen hundert Metern war allerdings erst mal Schluss – meinte die Polizei doch, die Demo aus irgendwelchen fadenscheinigen Gründen nicht nur zu stoppen, sondern auch massivst “bedrängen” zu müssen. Nach etwas Hektik und Drängeleien konnte die Demo aber ihren Weg fortsetzen. Jedoch nicht lange - waren die Bullen nun der Meinung verhindern zu müssen, dass die TeilnehmerInnen der Gewerkschaftskundgebung (an der insgesamt mehrere Hundert Menschen teilnahmen) sich der Demo anschließen konnten. Da sich aber weder die Antifademo, noch die GewerkschafterInnen davon abbringen ließen, gemeinsam zu demonstrieren, musste die Polizei dann doch einen Zusammenschluss zulassen und die Demo konnte ihren Weg durch die Hannoveraner Innenstadt zu Ende führen.

In der Zwischenzeit fanden sich die Nazis am Braunschweiger Platz ein. Da die Nazis mal wieder zu dumm waren, die verhängten Auflagen zu verstehen, ging hier erst einmal das große Kleiderwechseln los: Bomberjacken wurden umgedreht, Springerstiefel gegen Turnschuhe eingetauscht und diverse Schriftzüge mit Klebeband verdeckt. Gegen 13 Uhr setzte sich der klägliche Haufen von etwa 150 Nazis in Bewegung. Die angekündigten “prominenten” Redner (Thomas Wulff und Holger Apfel, NPD-Fraktionschef im sächsischen Land-

tag) erschienen nicht (wie die Nazis selbst zugaben, waren diese wohl von AntifaschistInnen an der Anreise gehindert worden) und so durften irgendwelche Lokalgrößen zum Mikrofon greifen und ihre wenig geistreichen Worte an die versammelten Kameraden richten. Glücklicherweise war von den Reden nicht viel zu verstehen, gingen sie doch im lautstarken Protest der GegendemonstrantInnen unter. Viele von ihnen hatten es trotz des riesigen Polizeiaufgebots geschafft, bis an die Route der Nazis vorzudringen und deren Weg lautstark zu begleiten. Es hagelte Platzverweise, GegendemonstrantInnen wurden von der Polizei angegriffen und ca. 30 von ihnen wurden in Gewahrsam genommen. Trotz allem war der Tag ein Reinfall für die Faschisten und ein Erfolg für alle, die gegen sie auf der Straße waren.

Nürnberg

Am 6. November fand in Nürnberg eine bundesweite Demonstration gegen die kapitalistischen Angriffe durch die „Agenda 2010", die immer mehr Menschen in die Armut treibt, statt. Im Gegensatz zu den sogenannten Montagsdemonstrationen, die zum Großteil politisch oberflächlich und inhaltsleer waren und sind, sollte der Schwerpunkt dieser Demonstration die Kritik an dem herrschenden, kapitalistischen System sein, das zur Sicherung der Profite der Unternehmen die Situation eines Großteils der Menschen verschlechtert.
Organisiert wurde sie durch ein lokales Bündnis linker Organisationen, unterstützt durch zahlreiche Gruppen aus der ganzen BRD. Um über die Demonstration zu informieren und möglichst viele Menschen nach Nürnberg zu bewegen, gab es im Vorfeld in vielen Städten der BRD Informationsveranstaltungen. Im Zuge dieser Mobilisierung gab es auch in Braunschweig, organisiert von der Jugend Antifa Aktion, eine Veranstaltung im Antifaschistischen Cafe.

Am Samstag, den 6.11. versammelten sich dann rund 10.000 Menschen in der Nürnberger City, um gemeinsam gegen die neuerlichen Angriffe von oben zu demonstrieren. Nach einer Auftaktkundgebung auf dem zentralen Platz in Nürnberg zog die Menge durch die Nürnberger Innenstadt bis zur Bundesagentur für Arbeit. Vor dieser Behörde, die neben der Veröffentlichung der Arbeitslosenzahlen auch für die Umsetzung des Arbeitslosengelds 2 am 1. Januar verantwortlich ist bzw. war, gab es eine Abschlußkundgebung, welche von einem großen Polizeiaufgebot begleitet wurde.





Jeden Freitag ab 20 Uhr
Antifaschistisches Café
Cyriaksring 55 - 38118 Braunschweig

Freitag 4. März
Leckeres Essen ... für 2 Euro
20 Uhr im Antifaschistischen Café

Freitag 11. März
Film: Hass (La Haine)
F 1994/95. Die Jugendlichen eines Pariser Vororts reagieren mit Gewalt auf den Polizeiterror, dessen Höhepunkt die brutale Misshandlung ihres Freundes Abdel ist.
20 Uhr im Antifaschistischen Café

Freitag 18. März
Leckeres Essen ... für 2 Euro
20 Uhr im Antifaschistischen Café

Freitag 8. April
Film: Panthers
USA 1990. Die Geschichte der revolutionären Black Panther Party for Self-Defense.
20 Uhr im Antifaschistischen Café

Jeden Montag 19 Uhr
Aktiv werden gegen Nazis und staatlich Rassismus!
Kommt zur Jugend Antifa Aktion (JAA)!
Im Antifaschistischen Café

http://www.antifacafe.de.vu